

Donges, Juergen B.

Working Paper — Digitized Version

Kritische Anmerkungen zum Ost-West-Handel

Kiel Working Paper, No. 324

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Donges, Juergen B. (1988) : Kritische Anmerkungen zum Ost-West-Handel, Kiel Working Paper, No. 324, Kiel Institute of World Economics (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/47164>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Kieler Arbeitspapiere Kiel Working Papers

Arbeitspapier Nr. 324

KRITISCHE ANMERKUNGEN ZUM OST-WEST-HANDEL

von
Juergen B. Donges

April 1988

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
The Kiel Institute of World Economics

Institut für Weltwirtschaft
Forschungsabteilung I
Düsternbrooker Weg 120, 2300 Kiel 1

Arbeitspapier Nr. 324

KRITISCHE ANMERKUNGEN ZUM OST-WEST-HANDEL

von
Juergen B. Donges

April 1988

Ag 2209/88 

Mit den Kieler Arbeitspapieren werden Manuskripte, die aus der Arbeit des Instituts für Weltwirtschaft hervorgegangen sind, von den Verfassern möglichen Interessenten in einer vorläufigen Fassung zugänglich gemacht. Für Inhalt und Verteilung sind die Autoren verantwortlich. Es wird gebeten, sich mit Anregung und Kritik direkt an sie zu wenden und etwaige Zitate aus ihrer Arbeit vorher mit ihnen abzustimmen.

KRITISCHE ANMERKUNGEN ZUM OST-WEST-HANDEL

1. Das sowjetische Reformprogramm der "Perestrojka" hat in verschiedenen Kreisen die Erwartung geweckt, daß es bald zu einer nachhaltigen Belebung der Handelsbeziehungen zwischen Osteuropa und den westlichen Industriestaaten kommen werde. In diese Zuversicht mischt sich die Skepsis, ob zwischen Ländern mit so unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen überhaupt ein Gütertausch in nennenswertem Umfang stattfinden könne. Die folgenden Anmerkungen spiegeln diese Spannung in den Einschätzungen wider. Zunächst werden einige grundsätzliche Thesen über den Zusammenhang zwischen internationaler Arbeitsteilung und wirtschaftlicher Entwicklung formuliert, anschließend die wirtschaftspolitische Einstellung der westlichen und östlichen Regierungen zum Außenhandel gekennzeichnet, dann die Entwicklungslinien im Ost-West-Handel beschrieben und daraufhin die den Handel begrenzenden Faktoren erörtert. Als Abschluß werden einige Zukunftsperspektiven zur Diskussion gestellt, die mehr auf Spekulationen beruhen als auf Fakten.

Arbeitsteilung und wirtschaftliche Entwicklung

2. Wie die Wirtschaftsgeschichte lehrt und die alltägliche praktische Erfahrung laufend unter Beweis stellt, ist Handel besser als Autarkie und Freihandel besser als ein durch Protektionsmaßnahmen und Subventionen verzerrter Handel. "Besser" heißt: die Wirtschaft wächst schneller, die Beschäftigungschancen sind breiter, der allgemeine Lebensstandard ist höher als sonst. Die Gründe hierfür sind,

Vorgetragen auf dem 12. Bremer Wirtschafts- und Transport-Forum über "Perspektiven einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa", am 21. April 1988.

- daß bei einer Integration in die Weltwirtschaft die heimischen Güter- und Faktormärkte unter intensiverem Wettbewerb stehen, was leistungsfördernd und produktivitätssteigernd ist;
- daß der Preismechanismus eine effizientere Allokation knapper Produktivkräfte bewirkt, was den wachstumsnotwendigen Strukturwandel erleichtert;
- daß mit dem Güteraustausch auch die internationalen Investitionsströme, die Wanderungen von qualifiziertem Personal und der Technologietransfer zunehmen, was in dem jeweiligen Land Grenzen des Wachstum hinauszuschieben vermag.

Dies gilt unabhängig von dem jeweiligen Wirtschaftssystem und, in wachsenden Volkswirtschaften, auch unabhängig vom Entwicklungsstand. So müssen es auch jene osteuropäischen Staaten gesehen haben, die zu den Gründungsmitgliedern des einer liberalen Welthandelsordnung verpflichteten Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) aus dem Jahre 1947 zählten (CSSR, Polen, Rumänien und Ungarn, sowie Jugoslawien).

3. Dabei können alle Länder aus der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung Nutzen ziehen. Der internationale Handel ist nicht, wie die Anhänger der (marxistischen) Imperialismustheorie unentwegt behaupten, ein Nullsummenspiel, bei dem sich einige (die fortgeschrittenen) Länder auf Kosten anderer (der ärmeren) Staaten bereichern. Der internationale Handel ist ein Spiel mit positivem Gewinnausgang. Dies heißt natürlich nicht, daß alle Länder mit Sicherheit den gleichen Vorteil ziehen; es heißt auch nicht, daß jedes Land alle im vornherein gehegten Erwartungen erfüllt sehen wird. Die Standortbedingungen für rentable Investitionen und Produktionen sind nun einmal unterschiedlich verteilt, und unterschiedlich ist auch die Zielstrebigkeit und die Wirksamkeit

der Wirtschaftspolitik, wenn es darum geht, die Standortvorteile, die ein Land in der internationalen Arbeitsteilung hat, auch wirklich zu nutzen und möglichst wenig Ressourcen dort zu binden, wo Standortnachteile bestehen. Doch die Standortbedingungen sind (vielleicht mit Ausnahme des Klimas) nicht ein für allemal als unverrückbar vorgegeben; sie können durch die nationale Wirtschaftspolitik entscheidend geprägt werden, im positiven Sinne ebenso wie im negativen, wie zahlreiche Beispiele in West- und Osteuropa zeigen.

Wirtschaftspolitische Orientierungen

4. In Westeuropa hat die Wirtschaftspolitik schon frühzeitig die Weichen auf Intensivierung des internationalen Warenaustauschs gestellt. Im Rahmen des GATT wurden die Zölle stark gesenkt oder vollständig beseitigt und zahlreiche mengenmäßige Importbeschränkungen gelockert oder ganz aufgehoben. Der im Jahre 1948 gegründete Europäische Wirtschaftsrat (die OEEC, Vorgängerin der heutigen OECD) bildete das Forum, auf dem die westlichen Industriestaaten ihre Liberalisierungsmaßnahmen aufeinander abstimmten. Gewiß: einige Bereiche sind von der Handelsliberalisierung weitgehend ausgeklammert geblieben (z.B. die Landwirtschaft, verschiedene Dienstleistungsbranchen) bzw. erhalten bei allzu vordrängender Importkonkurrenz staatlichen Schutz (z.B. der Steinkohlenbergbau, die Eisen- und Stahlindustrie, das Textil- und Bekleidungs-gewerbe), womit wir uns zuallererst wirtschaftlich selbst schaden. Aber: das erreichte Maß an Marktöffnung bei einer weitgehend hergestellten Währungs-konvertibilität ist enorm und in der Geschichte beispiellos. Exporte und Importe sind unter diesen Bedingungen kräftig gestiegen, kräftiger auch als die Produktion wuchs, worin die erzielten Spezialisierungsvorteile zum Ausdruck kommen.

5. In Osteuropa hingegen war nach Gründung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) im Jahre 1949 das Abkoppeln von der Weltwirtschaft, namentlich Autarkie gegenüber dem Westen, angesagt. Dem Außenhandel war in den staatlichen Entwicklungsplänen lediglich die Rolle eines Lückenbüßers zugewiesen, sei es, um dringende Versorgungsengpässe im Inland zu beheben, sei es, um im Ausland gelegentlich auftretende Produktionsüberschüsse zu verwerten. Später, ab den sechziger Jahren, haben die meisten RGW-Länder eine behutsame Integration in die Weltwirtschaft, verbunden mit einem zunehmenden Warenaustausch mit Westeuropa, versucht. Daraufhin keimten im Westen Hoffnungen, daß in der sozialistischen Staatengemeinschaft ein bedeutender Zukunftsmarkt entstehen werde. Doch der große Durchbruch im Ost-West-Handel ist bislang ausgeblieben. Solange der Außenhandel behördlich geplant und gesteuert wird, wie es für Zentralverwaltungswirtschaften typisch ist, kann sich offenbar ein dynamischer Gütertausch mit marktwirtschaftlich orientierten Ländern nicht herausbilden - zumal dann nicht, wenn unsere Unternehmen in anderen westlichen Industrieländern und in den sich rasch industrialisierenden Entwicklungsländern wachsende Absatzmärkte und ergiebige Beschaffungsmärkte vorfinden und dabei weniger bürokratische Schwerfälligkeit zu gewärtigen haben.

6. Anders gewendet: aus westlicher Sicht ist der Handel mit Osteuropa nur eine von mehreren möglichen Varianten internationaler Geschäftsbeziehungen; das Ausmaß läßt sich weder politisch herbeireden noch amtlich verordnen. Vielmehr müssen die Staatshandelsländer, wie die übrigen Staaten auch, im harten weltwirtschaftlichen Wettbewerb Marktanteile erstreiten, behaupten und ausbauen. Da die osteuropäischen Währungen nicht konvertibel sind, wird die Intensität des Ost-West-Handels weitgehend vom Exportpotential der RGW-Länder selbst bestimmt: in dem Maße, wie sie sich durch eigene Lieferungen westliche Devisen verdienen, können sie auch ihre Importe aus dem Westen ausweiten. Natürlich gibt

es die Möglichkeit, sich im Westen zu verschulden, was verschiedene RGW-Länder in den siebziger Jahren ausgiebig getan haben; doch wenn das Exportwachstum zu langsam ist, treten früher oder später ernsthafte Schuldendienstprobleme auf, wie wir Anfang der achtziger Jahre gesehen haben.

Trends im Ost-West-Handel

7. Sofern die bisherige Entwicklung des Ost-West-Handels Rückschlüsse auf die Zukunft erlaubt, gibt es mehr Schatten als Licht¹.

- Zwar haben von 1965 bis 1984 die europäischen RGW-Länder (ohne Albanien) ihren Anteil auf den Märkten der OECD-Länder, auf einem bescheidenen Niveau in der Größenordnung von 3 vH, halten können. Aber in den letzten Jahren ist dieser Anteil kontinuierlich zurückgegangen (1987: 2,2 vH). Auf dem westeuropäischen Markt liegt der Anteil derzeit bei 3,1 vH, verglichen mit 3,6 vH vor zwanzig Jahren (Tabelle 1).
- Ohne die Sowjetunion ist der Anteil der übrigen RGW-Länder an den Importen des OECD-Raumes sogar ständig gesunken (von 1,62 vH im Jahre 1965 auf 1,05 vH im Jahre 1987). Dies gilt auch für die DDR (deren Anteil von 0,22 vH auf 0,14 vH geschrumpft ist).
- Die Bedeutung der RGW-Länder als Absatzmarkt für westliche Unternehmen hat einen identischen Verlauf genommen: ihr Anteil an den OECD-Exporten belief sich im Jahre 1987 auf etwas über 2 vH, gegenüber knapp 3 vH im Jahre 1965. An den westeuropäischen Exporten sind die RGW-Länder mit 2,7 vH beteiligt (Tabelle 1).

¹ Zum folgenden vgl. auch W. Kostrzewa "Verpaßt Osteuropa den Anschluß an die Weltwirtschaft?" Kiel, März 1988, unveröffentlichtes Manuskript; F.D. Weiss, "West Germany's Trade with the East", Kieler Studien 179, Tübingen 1983.

Tabelle 1:

Außenhandel der OECD-Länder
mit den europäischen RGW-Ländern^a

	Ausfuhr		Einfuhr	
	Mill. US-\$	vH-Anteil	Mill. US-\$	vH-Anteil
OECD insgesamt				
1965	3 591	2,9	3 912	3,0
1975	25 983	4,6	17 654	3,0
1985	33 780	2,7	38 712	2,7
1987 ^b	36 102	2,2	38 586	2,2
Westeuropa				
1965	1 227	3,3	3 133	3,6
1975	19 884	5,5	15 338	4,0
1985	25 104	3,3	34 777	4,4
1987 ^b	29 226	2,7	33 990	3,1
Bundesrepublik Deutschland				
1965	888	4,9	969	5,4
1975	8 050	8,8	4 596	6,0
1985	9 921	5,4	10 580	6,6
1987 ^b	13 987	4,6	12 487	5,4

^aOhne Albanien. - ^bGeschätzt.

Quelle: OECD, Foreign Trade by Commodities, lfd. Jg. - Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, lfd. Jg.; Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost), November 1987. - Eigene Berechnungen.

8. Überdurchschnittlich ist das Gewicht der RGW-Länder im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland (Tabelle 1):

- Auf der Exportseite lag der Anteil sogar schon mal bei 9 vH (im Jahre 1975); seitdem ist er freilich gesunken und betrug im Jahre 1987 4,6 vH.
- Auf der Importseite haben die Bezüge der Bundesrepublik sogar bis Anfang der achtziger Jahre kräftig zugenommen; der bislang höchste Anteil an der Gesamteinfuhr betrug 7,1 vH im Jahre 1984. Aber auch hier hat sich der Trend umgekehrt mit der Folge, daß unsere Ostimporte im Jahre 1987 nur noch einen Anteil von 5,4 vH (an den gesamten Warenbezügen) verzeichneten (Tabelle 1), wie Ende der fünfziger Jahre.
- Selbst der innerdeutsche Handel ist von Rückschlägen nicht bewahrt geblieben. Hatte es in der ersten Hälfte der siebziger Jahre noch kräftige Zuwachsraten gegeben, so gehen die Importe aus der DDR seit 1985 und die Exporte dorthin seit 1986 absolut zurück. Im Jahre 1987 war die DDR an unseren Gesamtimporten mit 1,6 vH beteiligt (1975: 1,8 vH) und sie absorbierte 1,4 vH unserer Gesamtexporte (1975: 1,7 vH).

9. Für die RGW-Länder hat der Handel mit dem Westen eine viel größere Bedeutung und macht etwa ein Viertel der Gesamtausfuhr bzw. -einfuhr aus (Tabelle 2). Insgesamt betrachtet, hat es aber auch aus dieser Perspektive relative Rückschläge seit Mitte der siebziger Jahre gegeben.

Hemmende Faktoren

10. Die Frage, die sich angesichts dieser enttäuschenden Außenhandelsentwicklung aufdrängt, ist die nach den Ursachen. An der weltpolitischen Großwetterlage, die den Ost-

Tabelle 2: Bedeutung der westlichen Industrieländer im Außenhandel der europäischen RGW-Länder^a (in vH der Gesamtausfuhr bzw. -einfuhr)

	Ausfuhr in die westlichen Industrieländer			Einfuhr aus den westlichen Industrieländer		
	1965	1975	1985	1965	1975	1985
RGW insgesamt	22,1	27,5	24,8	24,5	37,2	25,8
UdSSR	20,1	28,8	25,6 ^b	22,6	39,3	27,9 ^b
DDR	22,6	24,7	33,5 ^b	25,5	31,0	28,1 ^b
	Ausfuhr nach Westeuropa			Einfuhr aus Westeuropa		
	1965	1975	1985	1965	1975	1985
RGW insgesamt	19,4	23,3	22,8	19,6	27,0	19,8
UdSSR	16,7	25,3	23,9 ^b	15,1	26,1	18,9 ^b
DDR	20,0	11,9	32,5 ^b	22,5	11,2	25,7 ^b
	Ausfuhr in die Bundesrepublik Deutschland			Einfuhr aus der Bundesrepublik Deutschland		
	1965	1975	1985	1965	1975	1985
RGW insgesamt	4,1	4,0	5,3	4,2	6,6	4,4 ^a
UdSSR	1,8	3,9	5,9	1,7	7,3	4,7
DDR	9,6	9,5	8,2	9,4	10,0	9,1

^aOhne Albanien. - ^b1984.

Quelle: UN, Yearbook of International Trade Statistics, Vol. 1, lfd. Jg. - Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Jg. 1986. - Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, lfd. Jg. - Eigene Berechnungen.

West-Handel gewiß beeinflußt, kann es kaum liegen, denn seit Jahren bemühen sich die Regierungen hüben und drüben um Entspannung, mit sichtbarem Erfolg. Man könnte aber die ungünstiger gewordenen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ins Feld führen, insbesondere die deutliche Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstumstempos in Westeuropa seit Mitte der siebziger Jahre und das Aufleben protektionistischer Bestrebungen in nahezu allen OECD-Ländern trotz "Tokio-Runde". Solche exogenen Faktoren können durchaus die Handelsbeziehungen zwischen Ost und West gestört haben; im Agrarbereich, in dem sich die westlichen und insbesondere die westeuropäischen Staaten sehr protektionistisch verhalten, ist dies offensichtlich. Doch sind Zweifel berechtigt, daß ungünstige weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen insgesamt gesehen die Entwicklung des Ost-West-Handels entscheidend und zwangsläufig hemmen müssen.

11. Zweierlei ist nämlich zu bedenken:

- Zum einen haben die Wachstumsschwäche und die handelspolitischen Marktzugangsbeschränkungen allen ausländischen Anbietern das Exportgeschäft erschwert. Marktanteile haben aber die RGW-Staaten eingebüßt, darunter auch die DDR, die zumindest im Handel mit der Bundesrepublik als "Inland" zählt, infolgedessen keinen Importbeschränkungen ausgesetzt ist und damit in der EG einen Sonderstatus genießt; außerdem kann die DDR über den sog. Swing im innerdeutschen Handel auf eine Finanzierung zu Vorzugsbedingungen zurückgreifen, was eigentlich handelsschaffende Wirkungen zeitigen sollte.
- Zum anderen haben in der gleichen Zeit, in der die RGW-Länder Positionen im Welthandel verloren, die asiatischen Schwellenländer Positionen gewonnen, obwohl sie in ihrer Industrialisierung noch nicht den Stand erreicht hatten, der verschiedentlich in Osteuropa (vor allem in der CSSR

und der DDR) bereits herrschte. Diese Länder haben ihren Anteil an den gesamten OECD-Importen von 1,2 vH im Jahre 1965 auf 3,9 vH im Jahre 1980 und 6,5 vH im Jahre 1987 erhöht. Diese Marktanteilsgewinne sind umso bemerkenswerter, als gerade in jüngster Zeit die westlichen Regierungen wiederholt nichttarifäre Handelshemmnisse gezielt gegenüber dieser wirtschaftlich aufstrebenden Ländergruppe aufgebaut haben, vor allem gegenüber Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan. Dies hat die Exportdynamik in Fernost jedoch nicht brechen können.

12. Gerade das Erfolgsbeispiel der ostasiatischen Schwellenländer zeigt, daß auch bei ungünstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Staaten die Integration ihrer Volkswirtschaften in das System der internationalen Arbeitsteilung voranbringen können, wenn, aber eben nur wenn, im Inland Bedingungen bestehen, unter denen die Unternehmen genügend Anreize haben (oder unter wirksamem ökonomischen Druck stehen), effizient zu produzieren, auf Qualität im Warenangebot zu achten, nach Absatzchancen auf den Weltmärkten Ausschau zu halten und die Geschäftsbeziehungen mit Kunden und Lieferanten zu pflegen. In dieser Hinsicht scheint es in den RGW-Ländern selbst notorische Schwachstellen zu geben, die zu beheben wohl auch zu den Zielen der "Perestrojka" gehört.

13. Die Schwachstellen, die das Exportpotential und damit auch die Importkapazität der osteuropäischen Staatshandelsländer begrenzen, sind systemimmanent:

- Wenn Mengen und Preise vom Staat zentral festgesetzt werden, kommt es unweigerlich zu Allokationsverzerrungen und zu Verzögerungen in der Anpassung der Wirtschaft an sich verändernde Marktbedingungen. Das gilt erst recht, wenn die Behörden angesichts einer außer Kontrolle geratenen Auslandsverschuldung die Zahlungsbilanz durch Import-

drosselung zu sanieren versuchen (wie seit Anfang der achtziger Jahre geschehen); von den Importbeschränkungen werden auch Güter betroffen, die für die Nutzung der bestehenden Produktionskapazitäten und deren Ausweitung unentbehrlich sind, mit der Folge, daß auch die Exportfähigkeit leidet.

- Wenn es wenig wirksamen Wettbewerb gibt, werden die Kosten aufgebläht, bleibt die Qualität und das Sortiment der Güter unzureichend, und es entstehen immer wieder Versorgungslücken im Produktionsprozeß. Investiert und anwendungsbezogen geforscht wird nicht dort, wo das Land auf Grund seiner Faktorausstattung komparative Kostenvorteile hat oder entwickeln kann, sondern dort, wo staatliche Behörden es für wünschenswert halten.
- Für die Unternehmen ist der Anreiz, Prozeß- und Produktinnovationen durchzuführen, gering, da das System ohnehin Bestandsschutz garantiert, auch wenn der Betrieb technisch rückständig ist und ständig mit Verlusten arbeitet. Die Risikobereitschaft der Unternehmen - allgemein bei den Investitionen und speziell bei Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten - ist klein, weil das Eigeninteresse es geraten erscheinen läßt, alles zu vermeiden, was die Erfüllung von Plandirektiven gefährden und, im Falle von Mißerfolgen, parteipolitische Sanktionen nach sich ziehen könnte. Selbst wenn das Risiko von Innovationen kalkulierbar ist, bleibt das Interesse der Unternehmen an der Durchführung begrenzt: es könnte nämlich zu einer Wachstumsbeschleunigung kommen, angesichts derer die Planungsbehörden bei nächster Gelegenheit das Produktions-Soll hochschrauben. Im Außenhandel, der weitgehend über staatliche Monopolgesellschaften abgewickelt wird, kann ohnehin auf Märkte ausgewichen werden, in denen keine allzu hohen Anforderungen an den technologischen Gehalt, die Qualität und die Umweltverträglichkeit der Produkte und an Liefer-

pünktlichkeit und Kundenbetreuung gestellt werden: insbesondere im RGW-Bereich selbst und in verschiedenen Entwicklungsländern. Auch dies hemmt die Innovationsfreudigkeit der Unternehmen und geht zu Lasten ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

- Obwohl die osteuropäischen Länder, allen voran die Sowjetunion, über hervorragende Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker verfügen, halten sie mit der weltweiten technologischen Entwicklung nicht Schritt, jedenfalls nicht im kommerziellen Bereich (anders ist dies in der Rüstungsindustrie). Während eine gewaltige staatliche Forschungsbürokratie entstand, ist der Produktionsapparat veraltet und die Innovationslücke gegenüber den westlichen Industriestaaten immer größer geworden, besonders im Maschinenbau und in der Elektroindustrie. Anders als im Westen nimmt im Osten die (zivile) Wirtschaft an den großen technologischen Neuerungen, die die eigene Militärforschung zuwege bringt, wegen restriktiver Vorschriften nur beschränkt und mit erheblichen zeitlichen Verzögerungen teil.

14. Es ist wohl auch einer systemimmanenten Schwerfälligkeit im strukturellen Anpassungsprozeß zuzuschreiben, daß das Spezialisierungsmuster im Ost-West-Handel recht komplementär ist, so wie es zur Arbeitsteilung zwischen Ländern mit stark divergierenden Produktionsstrukturen und Industrialisierungsniveaus, also zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, paßt, nicht aber zur Arbeitsteilung zwischen industrialisierten Volkswirtschaften. Folgendes Strukturbild bietet der Ost-West-Handel (Tabelle 3):

- Bei den Ostexporten der westlichen Industriestaaten haben forschungsintensive Güter mit derzeit über 50 vH das größte Gewicht (die Sowjetunion liegt als Abnehmer etwas über dem Durchschnitt, die kleineren RGW-Länder, die DDR

Tabelle 3: Exportstruktur im Ost-West-Handel nach den Faktorintensitäten der Produkte (vH)

	Rohstoffe und Agrargüter	Gewerbliche Halb- und Fertigwaren		
		arbeitsintensive Güter	sachkapitalintensive Güter	forschungsintensive Güter
RGW-Länder^a				
1965	55,1	16,6	18,3	10,0
1986	57,8	17,2	11,9	13,2
UdSSR				
1965	67,7	9,1	19,4	3,8
1986	78,1	6,0	8,2	7,7
OECD-Länder				
1965	11,6	20,9	20,4	47,1
1986	8,5	19,5	21,0	51,0
Westeuropa				
1965	20,4	16,0	25,7	37,9
1986	6,2	18,9	21,1	53,8
Bundesrepublik Deutschland				
1965	7,2	19,2	18,1	55,5
1986	6,6	13,8	20,2	59,4

^aEuropa, ohne Albanien.

Quelle: OECD, Foreign Trade by Commodities, lfd. Jg. - Eigene Berechnungen. Für die Einteilung der Güter nach Faktorintensitäten vgl. W. Kostrzewa, a.a.O., Tab. A-2.

eingeschlossen, liegen etwas darüber). Der Anteil dieser Gütergruppe ist seit 1965 gestiegen. Er wäre vermutlich noch höher, gäbe es nicht Exportbeschränkungen bei den aus sicherheitspolitischen Gründen als "sensibel" eingestuften Produkten ("CoCom-Liste").

- Bei den Westexporten der osteuropäischen Staatshandelsländer dominieren Rohstoffe und rohstoffintensive Güter, ebenfalls mit einem Anteil am Gesamtexport von über 50 vH (die Rohstofflastigkeit des Exports ist besonders ausgeprägt in der Sowjetunion, die über zwei Drittel der westlichen Devisenerlöse aus solchen Lieferungen erzielt). Auch der Anteil dieser Gütergruppe ist seit 1965 gestiegen.

15. Mit anderen Worten: Die RGW-Länder konkurrieren im Westen mit den Entwicklungsländern um Marktanteile bei Gütern, für die die Nachfrage nur noch langsam expandiert und die Substitutionsmöglichkeiten groß sind. Bei den als zukunftssträchtig geltenden Bereichen spielen sie als Anbieter keine Rolle (im Jahre 1986 haben die OECD-Länder noch nicht einmal 2 vH ihrer forschungsintensiven Importgüter aus Osteuropa bezogen; 1965 waren es noch 2,5 vH). Als Anbieter von arbeitsintensiven Industriegütern sind die RGW-Länder von den Schwellenländern bereits verdrängt worden und bei kapitalintensiven Halb- und Fertigwaren tun sie sich im Wettbewerb zunehmend schwer, namentlich gegenüber der Konkurrenz aus Fernost.

Ausblick

16. In Zukunft könnte das alles anders werden. Gemessen am Pro-Kopf-Einkommen und am Entwicklungsstand im RGW-Bereich ist das Potential für einen intensiveren Ost-West-Handel bei weitem nicht ausgeschöpft. Die Arbeitsteilung könnte im Kern

substitutiver (statt komplementärer) Natur sein und sich dabei von einem interindustriellen auf einen intraindustriellen Warenaustausch hin entwickeln. Je intraindustrieller die Arbeitsteilung würde, um so geringer wäre die Gefahr, daß im Westen protektionistische Kräfte gegen eine verstärkte Importkonkurrenz aus dem Osten zum Zuge kommen. Wenn der Westen im Rahmen der derzeit laufenden "Uruguay-Runde" des GATT Importbeschränkungen umfassend abbaut, was ja das Ziel ist, wäre zu prüfen, ob dies in Anwendung des Meistbegünstigungsprinzips auch den Staatshandelsländern zugute kommen könnte. Namentlich die EG, die die Vollendung des europäischen Binnenmarktes (bis 1992) anstrebt, sollte darauf bedacht sein, daß die in verschiedenen Mitgliedstaaten (nicht nur in den südeuropäischen) zu erwartenden zusätzlichen Anpassungslasten nicht auf Drittländer, einschließlich Osteuropa, abgewälzt werden - durch mehr Außenprotektion; notwendig ist vielmehr, die mit der internen Liberalisierung einhergehende Handelsdiskriminierung der Drittländer durch externe Liberalisierung zu neutralisieren, und zwar zügig. Dies wäre nicht nur unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten sinnvoll, sondern auch unter politischen, weil Handel auch ein Mittel zur friedlichen Koexistenz von Ländern mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen ist.

17. Damit sich die Zukunftsperspektiven im Ost-West-Handel aufhellen, müssen freilich die osteuropäischen Länder eine dauerhafte Belebung der Handelsbeziehungen auch wirklich wollen, und das heißt: sie müssen wirtschaftspolitisch neue Wege beschreiten. Anhaltspunkte dafür, daß diese Bereitschaft besteht, gibt es bereits, so zum Beispiel

- wirtschaftliche Reformen mit mehr pretialer Lenkung über den Markt in einigen kleineren RGW-Ländern (zunächst Ungarn, jetzt auch Polen);
- die Auflockerung des staatlichen Außenhandelsmonopols (neuerdings auch in der Sowjetunion);

- das Bestreben, mehr Joint Ventures von östlichen mit westeuropäischen Unternehmen zuzulassen (noch nicht in der DDR und der CSSR), verbunden mit der Erwartung auf positive Wirkungen im Inland für das Management, die Arbeitsproduktivität, die Produktqualität und die internationale Wettbewerbsfähigkeit;
- ein neuer Anlauf in der Wissenschafts- und Technologiepolitik, bei dem auch die marktnahe Industrieforschung stimuliert und die technologische Kooperation mit dem Westen verstärkt werden sollen (Schwerpunkte sind die modernen Informations-, Kommunikations- und Steuerungstechnologien sowie die Entwicklung neuer Werkstoffe);
- die zunehmende Erkenntnis in amtlichen Kreisen, daß die Integration der RGW-Länder in die Weltwirtschaft die Einführung der Konvertibilität der nationalen Währungen erfordert (erst untereinander und später auch zu den westlichen Währungen), wofür eine notwendige Bedingung ist, daß die staatliche Festsetzung von Löhnen und Preisen zurückgeführt wird;
- das von der sowjetischen Führung in jüngster Zeit bekundete Interesse an einer Mitgliedschaft des Landes im GATT und möglicherweise auch im Internationalen Währungsfonds (dem Polen, Rumänien und Ungarn schon angehören), was nur Sinn macht, wenn künftig mehr marktwirtschaftliche Elemente in die Handels- und Währungspolitik einfließen (ob es zu ernsthaften Beitrittsverhandlungen kommt, ist freilich noch völlig offen);
- das in der Wirtschaftsgeschichte der UdSSR in seiner Radikalität beispiellose Reformprogramm "Perestrojka", durch das die Wirtschaftsbürokratie zurückgedrängt, die Entscheidungsprozesse in der Wirtschaft dezentralisiert, in den Unternehmen die betriebswirtschaftliche Kostenkal-

kulation und Erfolgsrechnung eingeführt und die Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft des einzelnen gestärkt werden sollen (auf Dauer wird kein RGW-Land abseits stehen können).

18. Es ist noch zu früh für eine verlässliche Prognose darüber, ob die Reformen wirklich konsequent durchgeführt und gegebenenfalls ergänzt werden, oder ob es in den entscheidenden Aspekten letztlich nicht doch bei Absichtserklärungen bleibt. Immerhin sind ja nicht wenige, über Jahrzehnte gefestigte und deshalb starre ideologische Hürden wegzuräumen. Auch muß mit hartem Widerstand bei jenen Gruppen gerechnet werden, die unter dem zentralen Planungssystem nicht schlecht gefahren sind und beachtliche Privilegien genießen. Da viele der in der Öffentlichkeit diskutierten bzw. amtlich bereits verkündeten Neuregelungen (noch) außerordentlich vage gehalten sind, gibt es allemal Spielraum, sie in der Praxis zu verwässern, unter Umständen bis zur Unwirksamkeit. Die nach wie vor hohe Auslandsverschuldung Osteuropas (vor allem Polens und Ungarns) gegenüber dem Westen wird es den Befürwortern eines liberalisierten Außenhandelsregimes schwermachen, sich gegenüber orthodoxen Behörden durchzusetzen, die sich eine Sicherstellung der Zahlungsverpflichtungen nur bei scharfen Importkontrollen vorstellen können. Vielleicht bringt die "Perestrojka" eines Tages den berühmten Befreiungsschlag, der die Volkswirtschaften Osteuropas aus Systemstarrheit und verkrusteten Produktions- und Außenhandelsstrukturen herausführt - aber mehr als Hoffnung kann dies nach Lage der Dinge noch nicht sein.